

Antrag

des Abgeordneten Edin Klopp und der CDP-Fraktion

Gegen Hass im Netz

Der Bundestag wolle beschließen:

A. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- (1) Hassrede und Hetze im Internet stellen eine wachsende Gefahr für den sozialen Frieden, die Demokratie und das Wohlergehen der Bevölkerung dar. Insbesondere junge Leute leiden zunehmend unter Cybermobbing, Anfeindungen und Belästigungen im digitalen Bereich. Gleichzeitig beginnen sich die Folgen von Hass im Internet nicht nur für die betroffenen Personen, sondern auch für das gesellschaftliche Klima als Ganzes zu verschlechtern. Hassreden, die im Internet verbreitet werden, verstärken soziale Spaltungen, fördern Intoleranz und tragen zur Verbreitung von Gewalt und Ungleichbehandlung bei. Die Verbreitung von Hetze und die häufige Anonymität des Internets verursachen eine erhebliche Belastung vieler Menschen in Bezug auf ihre sozialen und geistigen Ressourcen.
- (2) Der Bundestag stellt außerdem fest, dass bisher nicht genügend Maßnahmen zur Bekämpfung von Hass im Internet ergriffen wurden, um die Auswirkungen dieses Problems wirksam zu begrenzen. Um den Schutz der Gesellschaft als Ganzes vor den negativen Auswirkungen von Hass und Hetze im Internet zu gewährleisten, ist es dringend erforderlich, auf diese Problematik präventiv und reaktiv einzugehen. In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung, vor allem junge Leute frühzeitig dafür zu sensibilisieren, dass sie im Internet respektvoll umgehen sollten und ihnen Medienkompetenz zu vermitteln. Betroffene von digitaler Gewalt müssen gleichermaßen Hilfe erhalten und ihnen wirksame Hilfsangebote bereitgestellt werden.

B. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Es wird von der Bundesregierung verlangt, dass sie ein ganzheitliches Aktionspaket zur Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet erstellt und umsetzt. Dazu gehören die folgenden Schwerpunkte:

(1) In den Schulen werden Aufklärungsprogramme eingeführt:

- a. Bundesweite Bildungsprogramme entwickeln und umsetzen, in denen Schülerinnen und Schüler über die Risiken und Folgen von Hassrede und Cybermobbing informiert werden.
- b. Um jungen Menschen einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien zu vermitteln, ist die Förderung von Medienkompetenz ein wesentlicher Bestandteil der Lehre.
- c. Um Hass im Netz thematisch und präventiv anzugehen, sollen Lehrkräfte durch gezielte Fortbildungen und die Bereitstellung didaktischer Materialien unterstützt werden.

(2) Beginn der Online-Kampagne gegen Hassrede in ganz Deutschland:

- a. Um das Bewusstsein für die Folgen von Hassrede zu schärfen, werden öffentlichkeitswirksame Kampagnen in sozialen Medien, auf Websites und Plattformen betrieben.
- b. Kooperation mit Influencern, Content-Creators und prominenten Persönlichkeiten, um die Reichweite der Kampagne zu erhöhen und gezielt junge Menschen zu erreichen.
- c. Förderung von Meldesystemen und niedrigschwelligen Beratungsangeboten für Betroffene von Hass und Hetze im Netz.

(3) Einrichtung eines Förderfonds für die Beteiligung der Zivilgesellschaft:

- a. Unterstützung von Non-Profit-Organisationen und Initiativen, die sich aktiv gegen die digitale Hasskultur stellen.
- b. Finanzierung von Forschungsprojekten zu Ursachen, Verbreitungsmechanismen und Gegenmaßnahmen von Hass im Netz.

Berlin, den 16. November 2024

Edin Kloppe und die CDP-Fraktion